

Wissenschaftler und Politiker nennen Mittel, um der
beizukommen. Verlangt wird vor allem ein

FRISCHZELLEN-KUR

KURIER, 18. OKTOBER 2003

VON PATRICIA HALLER
UND KARIN LEITNER

Udo Jürgens hätte sich schon 1978 Beifall verdient: *Ihr werdet euch noch wundern, wenn ich erst Rentner bin. Sobald der Stress vorbei ist, dann lang ich nämlich hin*, textete er im Hit „Mit 66 Jahren“.

In ganz Europa mühen sich die Regierungen mit Reformen der Pensions- und Gesundheitssysteme. Der Grund: Die Bevölkerungen der westlichen Industriestaaten werden in der Zahl stagnieren, die Gruppe der über 60-Jährigen wächst. Die jüngste Prognose für Österreich, wonach sich der Anteil der über 60-Jährigen von heute rund 21 % auf rund 25 % im Jahr 2015 erhöhen wird, sorgte am Donnerstag für Aufsehen.

HERZ UND KOPF Experten raten dennoch ab, in Depression zu verfallen. „Wichtig ist, die neue Situation nicht mit alten Kategorien zu beurteilen. Man muss über 60-Jährige anders sehen als früher“, appelliert Sozialforscher Bernd Marin. Was er meint, erklärt er am Beispiel Schweden: „Dort hatte man für die Pensionsreform eine Leitlinie: Werden die Alten mehr, muss die Gesellschaft darauf schauen, dass sie gesünder bleiben, um länger arbeiten zu können.“ In Österreich fehle dieser „frische Zugang, den die Schweden im Herzen und im Kopf haben“.

Auch WIFO-Chef Helmut Kramer befasst sich mit dem Thema. Faktum ist, dass die Gruppe der 18- bis 60-Jährigen kleiner wird. „Wir werden weniger Produzenten haben. Gleicht man das nicht aus, wird das Sozialprodukt kleiner sein, als wir es für die Finanzierung der Sozialsysteme bräuchten.“ Dazu bedürfe es Anreize, um länger zu arbeiten – es steige die Lebenserwartung. „Fehlende Kinder kann man durch höhere Produktivität ausgleichen. Dabei muss sich die Definition von beruflichen Aufgaben und Entlohnung ändern.“ Am wichtigsten sei: „Man muss in die Ausbildung der Kinder investieren, damit sie aufgeschlossenes kulturelles Bewusstsein haben und innovativ sind.“

REZEPTE Welche Rezepte hat die Politik? Die Kärntner Soziallandesrätin Gabriele Schaunig-Kandut will bei der Kinderbetreuung ansetzen. Österreich solle sich an Holland und Frankreich orientieren: „Wenn man vergleicht, welche Möglichkeiten

Familien dort haben, sieht man, warum es höhere Geburtenraten gibt.“ In Kärnten für ein Kind unter vier Jahren einen Platz zu bekommen, sei „ein Glückstreffer – und teuer“, berichtet die Sozialdemokratin.

Sie plädiert für „Vorhaltekosten“: „Derzeit gibt es einen Auslastungsdruck. Sind die Plätze nicht belegt, klappt die Finanzierung nicht.“ Zudem müsse durchgehend betreut werden: „Es gibt Plätze, die von 7.30 bis 11.30 Uhr angeboten werden. Die Eltern müssen auspendeln.“

Grünen-Vize Eva Glawischnig warnt vor Panik: „Man soll die Situa-

tion nicht dramatisieren, man muss mit den Fakten aber umgehen.“ Sie zielt auf mehr Jobs: „Ein wichtiger Ansatz wäre ein Anstieg der Frauenerwerbsquote.“ Steuern auf Arbeit möchte sie senken: „Man sollte über Ressourcen- und Vermögensbelastung reden.“ Weiters verlangt Glawischnig „einen unverkrampften Zugang zur Zuwanderung“ statt „pränataler Politik à la Gehrler“ und eine „Bildungsoffensive“.

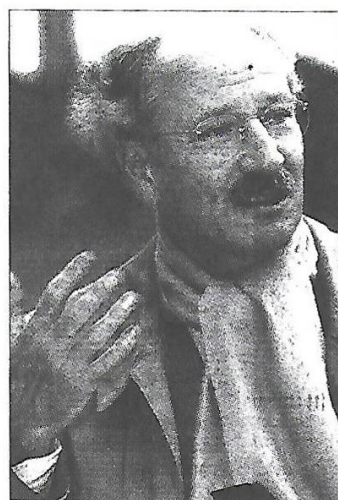


GIERT FUGGNER



„Für Kinder unter vier Jahren einen Platz zu erhalten, ist ein Glückstreffer – und teuer.“

SCHAUNIG-KANDUT, SPÖ



APA/GÜNTHER R. ARTINGER

„In Österreich fehlt der frische Zugang, den die Schweden in Herz und Kopf haben.“

BERND MARIN



JÖRG CHRISTENSEN

„Wir wollen die Betreuungsbedürftigen lange in ihrer gewohnten Umgebung halten.“

HAUBNER, FPÖ

bedrohlichen Bevölkerungsentwicklung
 1. der Umgang mit dem Alter

AUF REZEPT

Silvia Fuhrmann, Obfrau der Jungen ÖVP, denkt an machtpolitische Konsequenzen: „Die Parteien dürfen nicht jener Gruppe, die die Mehrheit stellt Zuckerl streuen, weil sie ein gutes Wahlergebnis haben wollen.“ Was den Solidarbeitrag Älterer anlangt, habe sie ihre Meinung nicht geändert: „Ich fordere nach wie vor eine höhere Solidarität der Pensionisten ein.“

Ihr arbeitsmarktpolitischer Zu-

gang: „Familien durch Betriebskindergärten zu unterstützen, ist zu wenig.“ Sie begehrt einen Absetzbeitrag für Kinderbetreuung und Haushaltshilfen. Zudem möchte sie „die Modelle der Altersteilzeit mit steuerlichen Begünstigungen, um Ältere im Erwerbsleben zu halten, auf Frauen mit Kindern ummünzen“.

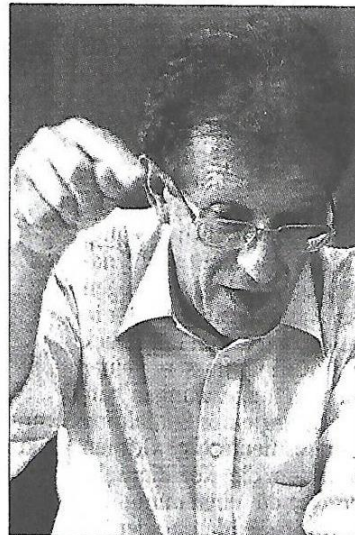
FP-Sozialstaatssekretärin Ursula Haubner belässt es vorerst bei einem Pilotprojekt, das sie in Kärnten mit ihrem Bruder Jörg Haider startet: Dort wird es einen 1000 Euro-Pflegescheck geben. Motto: „Alt werden zu Hause.“



STEPHAN BOROVICZENY

„Fehlende Kinder kann man durch eine höhere Produktivität ausgleichen.“

HELMUT KRAMER



JÖRG CHRISTANDL



AP/HANS FÜNZ

„Wir brauchen den unverkrampften Zugang zur Zuwanderung und keine Politik à la Gehrler.“

GLAWISCHNIG, GRÜNE



STEPHAN BOROVICZENY

„Die Parteien dürfen nicht jener Gruppe, die die Mehrheit stellt, Zuckerl streuen.“

FUHRMANN, ÖVP